

...ihre Entscheidung, den Leserbrief nicht zu veröffentlichen, stößt bei uns auf absolutes Unverständnis. Sie schliessen ihre Email ab, in dem Sie auf einen ruhigen, sachlichen und fairen Umgang verweisen, der von uns nicht eingehalten worden war wäre. Unser Punkt war ja gerade, dass es seit Beginn der Gespräche zwischen Stadtverwaltung und uns nicht fair und sachlich zugeht. Wir möchten dies noch einmal kurz erläutern:

Schon im Dezember 2010 baten wir um einen Termin in der Bürgersprechstunde des OB. Laut Website der Stadt Aschaffenburg hat jeder die Möglichkeit bei OB Herzog nach Terminabsprache ein persönliches Gespräch wahrzunehmen. Uns wurde diese Möglichkeit nicht gegeben! Stattdessen wurde unser Anliegen durch verschiedene Instanzen des Rathauses geleitet, bis es letzten Endes im Juli (7 Monate später) 2011 zur Diskussion im Ältestenrat kam. Wir wissen von an der Diskussion Beteiligten, dass unser Anliegen unter völlig falschen Hintergrundinformationen beraten wurde, und letzten Endes darauf bezugnehmend negativ für uns entschieden wurde. Auf telefonische Nachfrage gab Herr Gruber bekannt, dass das Thema schon zweimal diskutiert wurde und die Entscheidung definitiv sei. Wir hatten keinerlei Möglichkeiten einer Richtigstellung, obwohl wir die Aussage bestätigt bekamen, dass im Ältestenrat unser Anliegen falsch dargestellt wurde. Die Diskussion auf dieser falschen Grundlage führte letzten Endes dazu, dass wir als „überregionaler Verein“ eingestuft werden, der in den Räumen der Ernhofstrasse u.a. Konzerte veranstalten möchte. Dass dem nicht so ist, haben wir OB Herzog bereits bei der Bitte um einen Termin in der Bürgersprechstunde schriftlich mitgeteilt. Es wurde erläutert, dass wir die Räume lediglich für Vereinssitzungen, als Lagerstätte und für Vortragsveranstaltungen und Lesungen nutzen möchten. Da dies aber ignoriert wurde – bewusst oder unbewusst – kam es erst überhaupt dazu, dass wir nun die Auflage von Stellplätzen auferlegt bekommen haben. Für uns durchaus nachvollziehbar, wenn wir Großveranstaltungen mit zig auswärtigen Gästen veranstalten wollten. Es geht aber in der Realität um Vereinstreffen und „Veranstaltungen“ an denen im Schnitt knapp 20 Teilnehmer (wovon fast alle in AB wohnen) die zum Grossteil per Fahrrad und zu Fuss „anreisen“.

Entgegen Ihrer Behauptung ging es also nie um das außer Kraft setzen von Gesetzen und Verordnungen. Im Gegenteil, wir haben aus eigener Einsicht über die Wichtigkeit von Brandschutzauflagen den Kontakt zum Brandschutzbeauftragten der Stadt AB hergestellt und mit ihm und einem Architekt einen Vorschlag zur Einhaltung des Brandschutz eingereicht. Die benötigten Stellplätze wurden erst nach der Diskussion in der Ältestenrats-Sitzung aus dem Hut gezaubert!

Daraufhin nahmen wir Kontakt zu einem Ihrer Kollegen auf in der Hoffnung, dass wir mittels Presse eine Richtigstellung veröffentlichen könnten. Zwei vereinbarte Termine wurden ohne Absage ihres Kollegen platzen lassen. Das heißt, wir hatten keinerlei Möglichkeiten einer Richtigstellung. Wenn wir also weder die Möglichkeit bekommen, in persönlichen Gesprächen mit OB Herzog die Sache zu klären, noch die Chance über die Presse eine Richtigstellung zu erreichen, bleibt uns wohl keine andere Möglichkeit, als den Kontakt über eine öffentliche Bürgerversammlung zu suchen.

Auch dort bekam jeder die Möglichkeit, Auskunft auf seine Fragen zu bekommen. Lediglich für uns gab es diese Möglichkeit nicht! Die erste Reaktion auf unsere Frage war, dass OB Herzog verlauten ließ, er habe sich auf dem Podium mit Bürgermeister Elsässer kurzgeschlossen und biete einen Gesprächstermin im Rathaus an. Hier dann stellt sich für uns die Frage warum.

Dass dieses „Angebot“ nach all unseren Erfahrungen, die wir bisher im Umgang mit der Stadtverwaltung gesammelt haben, bei uns zu erheblichem Unmut führt, sollte doch irgendwie verständlich sein. Denn offensichtlich gibt es entweder Bestrebungen in der

Stadtverwaltung, dass AbaKuZ e.V. keine Immobilien nutzen soll/darf oder es herrscht völliges Missverständnis über unser Anliegen und unsere Situation. Da wir beide Varianten nicht ausschließen können, ist es uns wichtig, öffentlich dazu eine Stellungnahme abgeben zu können. Alle Versuche unsererseits sind aber bisher im Nirgendwo verhallt.

Wenn die Stadtverwaltung noch von „Großen Anstrengungen“ spricht, und ihr Redakteur diese Behauptung im Artikel auch noch unhinterfragt übernimmt, stellen wir uns berechtigterweise die Frage, in wie fern tatsächlich große Anstrengungen unternommen wurden. Wir konnten jedenfalls noch keine feststellen. Eine einfache Antwort, welche Anstrengung bisher unternommen wurde, konnte uns noch keiner geben. Auch nicht auf Nachfrage bei der Bürgerversammlung unter Einhaltung „einfachster Umgangsformen“ von unserer Seite. Dass es zu drastischen Worten wie „das ist dummes Geschwätz“, „das ist gelogen“ und „Lügner“ kam, streiten wir nicht ab. Das Wort "Arschloch" konnten wir allerdings nicht vernehmen. Dass aber keinerlei Interesse von Seiten der Presse besteht, die Ursachen für den vorherrschenden Unmut zu finden, ist uns nicht erklärbar. Stattdessen werden wir als Pöbler hingestellt, die scheinbar aus purer Lust die Amtsvertreter beleidigen wollen. Dass wir von der Stadt AB keine Finanzspritze für die Kosten der Brandschutzmassnahmen (trotz einer pauschalen Zusage von Möglichkeiten durch Bürgermeister Elsässer) erhalten haben, ist eine Sache, die für uns ärgerlich ist – haben wir aber akzeptiert. Dass wir dann aber in Eigenleistung das benötigte Kapital aufbringen und uns aber auch eine zukünftige Nutzung, nach Tötigung der Brandschutzmassnahmen auf Grund fehlender Stellplätze, untersagt werden soll, (bedingt durch Auflagen welche auf Falschinformationen entstanden sind) halten wir schon für dreist. Viel Arbeit, Zeit und Geld hätten wir dann quasi zum Fenster hinaus geschmissen. Als ehrenamtlich arbeitender Verein, der seit mehr als 8 Jahren das Kulturleben der Stadt ergänzt, haben wir bisher noch keine Unterstützung der Stadt Aschaffenburg bekommen. Lediglich Jugendamtsleiter Maigk Sommer hat uns auf unsere Anfrage hin Adressauskünfte über leerstehende Immobilien gegeben, nach zahlreichen Stadtbegehungen mit offenen Augen unsererseits. Angeblich hätte das Liegenschaftsamt geprüft, ob es geeignete Immobilien gibt, die für Abakuz geeignet sein könnten. Dies aber wurde negativ bewertet. Vorschläge unsererseits zu leerstehenden Immobilien wurden mit haltlosen Argumenten abgewiesen – teils sogar mit „Argumenten“ die sich heute als falsch bzw. unwahr herausgestellt haben.

Wir hoffen, dass Sie sich die Zeit genommen haben den Text komplett zu lesen. Wir haben uns bisher über Jahre an "einfachste Umgangsformen" gehalten, waren "ruhig, sachlich und besonnen". Aber all unsere Bemühungen und Anliegen wurden entweder ignoriert, verdreht, auf die lange Bank geschoben oder aktiv behindert.

Unter Anbetracht der Gesamtsituation hoffen wir, dass Sie und Ihre Kolleginnen evtl. zu einer anderen Einschätzung gelangen.

Mit freundlichen Grüßen

PS In Anbetracht der Tatsache, dass unsere Sitzkapazitäten 17 Stühle (auf Grund der erwartenden Besucher) aufweisen und das Parkhaus der City Galerie in unmittelbarer Nähe ist, sollte die Frage durchaus berechtigt sein, ob ein unmittelbarer Zwang zur Bereitstellung von Parkplätzen notwendig ist. Bisher hat noch kein an der Diskussion beteiligter Vertreter der Stadtverwaltung unsere Räume besichtigt. Wenn also wirkliches Interesse an unserem Verein bestehen sollte, wäre es sinnvoll sich vor Ort ein Bild der

Situation zu machen. Dies auch als Angebot an Sie: gerne laden wir Sie zu einer Besichtigung unseres kleinen "Kellerraums" ein, der scheinbar als Wirkungsstätte überregionalen Publikumsbesuch dienen soll.